



Herrn Präsident
Jürgen Mandl, MBA
Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9021 Klagenfurt am WS

Klagenfurt, 29. Oktober 2025

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 25. November 2025

„Tourismusgesetz: Erhalt der Eigenständigkeit der Tourismusverbände“

Begründung

Die geplanten Änderungen im neuen Tourismusgesetz sehen eine weitgehende Zentralisierung der Entscheidungsstrukturen und die Entmachtung der regionalen Tourismusverbände vor. Diese Entwicklung gefährdet die unternehmerische Freiheit, die regionale Wertschöpfung und die Innovationskraft einer der wichtigsten Leitbranchen Österreichs.

Tourismus funktioniert nur dann, wenn Entscheidungen dort getroffen werden, wo die Betriebe, Gäste und Regionen zu Hause sind. Landesbürokratische Steuerung ersetzt keine praktische Erfahrung und kein regionales Engagement. Die Freiheitliche Wirtschaft warnt daher vor einem politischen Irrweg, der zentrale Verwaltung an die Stelle lokaler Verantwortung setzt.

Zudem droht eine weitere Belastung der Betriebe durch die geplante Anhebung der Ortstaxe. Ohne zweckgebundene Rückführung in die Region ist diese Maßnahme eine zusätzliche Steuer, die weder Qualität noch Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Eine erfolgreiche Tourismuspolitik braucht Hausverstand statt Bürokratismus – und Vertrauen in die Kompetenz der Unternehmerinnen und Unternehmer vor Ort.

Antrag:

Die Freiheitliche Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, auf die Landesregierung und den Bundesgesetzgeber dahingehend einzuwirken, die Tourismusgesetzgebung nach folgenden Grundsätzen zu gestalten:

- **Erhalt der regionalen Entscheidungskompetenz:**
Tourismusverbände müssen eigenständig bleiben und dürfen nicht unter landesbehördliche Kontrolle gestellt werden.
- **Verpflichtende Zweckbindung der Ortstaxe:**
Jeder eingehobene Euro ist dort zu investieren, wo er entsteht – in Infrastruktur, Servicequalität und Gästebetreuung.
- **Einbindung der Unternehmer:**
Gesetzesänderungen dürfen nicht über die Köpfe der Betriebe hinweg beschlossen werden. Unternehmer müssen in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.
- **Stärkung der Eigenverantwortung:**
Tourismus braucht Flexibilität und Praxisnähe statt ideologisch motivierter Zentralisierung.
- **Pragmatische Mobilitätspolitik:**
Reisende kommen mit Auto, Bahn oder Bus – daher müssen praktikable Verkehrs- und Parklösungen Vorrang vor ideologischen Verboten haben.

Die Freiheitliche Wirtschaft bekennt sich klar zur regionalen Selbstbestimmung, zur Stärkung der Unternehmerkompetenz und zu einer Tourismuspolitik mit Hausverstand. Zentralismus schwächt Regionen – unternehmerische Freiheit stärkt sie.

KommR Günter G. BÜRGER
WP Delegierter

KommR Friedrich REINBOLD
WP Delegierter Lin.Sty